

## Anmeldekampagne läuft

# LAGA NRW fordert modernen Muttersprachlichen Unterricht

Alle Hände voll zu tun haben LAGA-Geschäftsführer Franz Paszek und sein Kollege Siamak Poubahri. Täglich erhalten sie aus ganz NRW Kopien der Anmeldungen zum muttersprachlichen Unterricht. Diese werden in der Geschäftsstelle gesammelt und demnächst an verantwortliche Regierungspolitiker weitergegeben.

Ziel der Aktion: Die Landesregierung soll die geplanten Stellenkürzungen im Muttersprachlichen Unterricht (MSU) zurücknehmen und neue tragfähige Konzepte für den MSU erarbeiten. Zusammen mit Ausländerbeiräten, Eltern- und Lehrerinitiativen sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die LAGA NRW Eltern mit Migrationshintergrund auf, ihre Kinder zum muttersprachlichen Unterricht anzumelden. Damit soll einerseits der Bedarf deutlich werden, zum anderen aber die verantwortlichen Politiker im Land dazu gebracht werden, die lange geforderte Modernisierung des MSU voranzutreiben und junge, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund einzustellen. Wie wichtig das ist, zeigen die PISA- Ergeb-



*Kundgebung gegen Stellenstreichungen vor dem Landtag*

nisse. In den Ländern, in denen Migrantenkinder ihre Muttersprache richtig lernen und ihre natürliche Mehrsprachigkeit akzeptiert wird, haben sie gute Schulerfolge. Die Förderung der Muttersprache ist also ein entscheidender Beitrag zur Sicherung guter Deutschkenntnisse und Schulerfolge.

*Eine Info-Broschüre zum MSU sowie Anmeldeformulare können über die Geschäftsstelle der LAGA oder über das Internet bezogen werden: Tel.: 0211/99 41 60 oder [www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de) (weiter S. 4)*

## Entscheidungskompetenz für Migrantenvertretungen

### LAGA-Vorschläge finden Zustimmung in der Politik

LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek ist zufrieden. Seit die LAGA im Januar 2003 ihre Vorschläge zur Verbesserung der politischen Partizipation von Migranten gemacht hat, erfährt er oft Zustimmung. Zusammen mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung Klaus Lefringhausen traf sich Keltek mit Vertretern der Städte, Essen, Duisburg, Hürth, Solingen, Bonn und Gelsenkirchen sowie des Städtetages. Die sechs Städte unterstützen die

LAGA-Bestrebungen, die jetzigen Ausländerbeiräte in Ausschüsse für Migration und Integration umzuwandeln. Das ist gut so. Denn die Zeit drängt. Schon im Herbst 2004 finden die nächsten Wahlen statt. Bis dahin muss es nach Auffassung der LAGA mehr Entscheidungskompetenz für die Migrantenvertretungen geben. „Integration beginnt mit der politischen Partizipation“, meint Keltek.

*(weiter S. 2)*

### AUS DEM INHALT:

#### Editorial

**LAGA NRW macht Vorschläge zur Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migranten im Land**

**Von PISA nach NRW – Chronologie der Ereignisse**

**Stellungnahme der LAGA: „Förderung der Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern“**

**LAGA NRW ein unbequemer aber fairer Partner**

**Neue Publikationen**

**Impressum**

**Juni 2003**



## Entscheidungskompetenz für kommunale Migrantenvertretungen

# LAGA NRW macht Vorschläge zur Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migranten im Land

Nach einem Jahr intensiver Diskussion und mehreren LAGA Veranstaltungen zu der Frage, wie man in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Verbesserung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten durchsetzen kann ohne dafür das Grundgesetz ändern zu müssen, liegen nun konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Seit Januar 2003 gibt es einen Beschluss des LAGA-Vorstandes, der folgenden Vorschlag beinhaltet:

Die bisherigen Ausländerbeiräte sollen zu Ausschüssen mit Beschlussrechten werden. Dazu soll der § 27 der Gemeindeordnung NRW um folgende Punkte geändert bzw. ergänzt werden.

Der Name des Gremiums sollte in „Ausschuss für Migrations- und Integrationsangelegenheiten“ umgewandelt werden. Dies wäre nicht nur eine Namensänderung, weil es für die Ausstattung mit Beschlussrechten, die für die LAGA NRW die entscheidende Forderung ist, Voraussetzung ist, dass ein Ausschuss eingerichtet wird. Beiräte können keine Beschlussrechte erhalten.

Wesentlich ist auch die Frage der Zusammensetzung. Nach Vorstellungen der LAGA soll die Zahl der Mitglieder des Ausschusses zwischen 9 und 33 betragen. Bei den Mitgliedern soll es sich zu einem Drittel um Ratsmitglieder, zu zwei Dritteln um gewählte MigrantenvertreterInnen handeln. Auch diese 2/3- 1/3 Regelung ist eine alte Forderung der LAGA.

Das Verfahren zur Bestimmung der gewählten MigrantenvertreterInnen gestaltet sich etwas kompliziert, ist jedoch nach unseren derzeitigen Erkenntnissen das Einzige, das eine stimmberechtigte Teilnahme von Migrantinnen und Migranten an den Sitzungen von Ausschüssen ermöglicht.

Ein Beispiel: Soll der Ausschuss 30 Mitglieder haben, dann sind 20 MigrantenvertreterInnen zu wählen. Um das

finanziellen Fragen sowie eine vernünftige Arbeitsstruktur mit einer Geschäftsstelle und einem Geschäftsführer.



spätere Auswahlverfahren möglich zu machen, werden deshalb mindestens 40 WahlbewerberInnen benötigt, möglichst aber mehr. Das können wie bisher Listen oder EinzelbewerberInnen sein. Ist die Wahl nach dem bisherigen Verfahren durchgeführt, so wird auch wie bisher das Wahlergebnis ermittelt.

Waren bis heute die BewerberInnen mit den meisten Stimmen automatisch Mitglieder des Beirates, werden sie jetzt, in unserem Beispiel, nach ihrem Wahlergebnis auf Platz Eins bis vierzig in einer Liste zusammengefasst. Aus dieser Liste hat der Rat ein Auswahlrecht.

Ergänzt wird der LAGA-Vorschlag noch um einige weitere Punkte, wie die Einführung der Briefwahl, die Möglichkeit für eingebürgerte Personen, sich in das Wählerverzeichnis für diese Wahl eintragen zu lassen und – sehr wichtig – Entscheidungsrechte des Ausschusses in

## Eile ist geboten

Da schon im kommenden Jahr wieder die turnusmäßigen Wahlen zu den Beiräten anstehen, muss die Reform der Gemeindeordnung zügig angepackt werden, damit schon zum Herbst 2004 die Wahlen nach neuem Muster stattfinden können. Geschieht das nicht, würde das eine Verzögerung um fünf Jahre bedeuten. Mitten in der Wahlperiode kann ein gewählter Ausländerbeirat nicht einfach ersetzt werden.

Die bisherigen Gespräche der LAGA mit Vertretern der im Landtag vertretenen Parteien brachten Mut machende Ergebnisse: Bündnis 90/Die Grünen haben sich den LAGA-Vorschlag in weiten Teilen zu eigen gemacht. Hier ist die Übereinstimmung mit den Vorschlägen der LAGA NRW am größten.

Die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag unterstützt die Forderungen.....►

## Restvernunft in der Migrationspolitik – Bundespräsident ehrt Liselotte Funcke

**B**undespräsident Johannes Rau hat aus Anlass ihres 85. Geburtstages die ehemalige „Beauftragte der Bundesregierung für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“, Liselotte Funcke, geehrt.

Bei einem festlichen Abendessen in Berlin, an dem auch Tayfun Keltok als

Vertreter der LAGA NRW teilnehmen konnte, würdigte der Bundespräsident ihre Verdienste für die Integration der Migranten in Deutschland.

Die FDP-Politikerin, die das Amt von 1981 bis 1991 ausübte, hat ihre Aufgabe mit viel Engagement ausgefüllt und manche Fehlentscheidung aufgehalten. So konnte sie in den 80er Jahren die

Absenkung des Nachzugsalters von Kindern auf sechs Jahre verhindern. Leitmotiv ihrer Tätigkeit war immer, dass Integration nicht Assimilation sein könne.

Johannes Rau bezeichnete Liselotte Funcke während seiner Ansprache daher auch als „Beauftragte für Restvernunft in der Ausländerpolitik“.

Liebe Leserin, Lieber Leser,

es ist höchste Zeit die politischen Partizipationsmöglichkeiten der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Aus Sicht der LAGA NRW wäre das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass die richtige Maßnahme. Die dazu notwendige Änderung des Grundgesetzes ist aber nicht in Sicht. Deswegen ist es um so wichtiger, dass die einzig demokratisch legitimierten Organe der Migranten – die kommunalen Migrantenvertretungen – endlich Entscheidungskompetenzen erhalten. Wir erwarten von den verantwortlichen Politikern im Land NRW, dass sie die von ihnen in der „Integrationsoffensive NRW“ selber gewünschte Schaffung von Ausschüssen für Migrationsangelegenheiten auf den Weg bringen. Das ist dringend erforderlich, denn Integration funktioniert nicht ohne politische Rechte.

Die LAGA NRW hat sehr konkrete Reformvorschläge gemacht, die wir in diesem Heft ausführlich vorstellen. Gespräche mit den im Landtag vertretenen Parteien dazu finden derzeit statt: Bündnis 90/Die Grünen haben sich bereits weitgehend unserer Meinung angeschlossen, auch die FDP unterstützt unsere Forderung nach Einrichtung von kommunalen Migrationsausschüssen, will dies aber nach neuesten Informationen der freien Entscheidung der Kommunen überlassen. Eine Veränderung, die so nicht akzeptiert werden kann. Der migrationspolitische Sprecher der CDU Thomas



Kufen signalisierte Bereitschaft zu Verbesserungen. Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Edgar Moron, zeigt eine solche Bereitschaft, teilte aber in einem Gespräch mit, dass er die Meinung der Kommunen abwarten wolle.

Die LAGA NRW ist bereit Kompromisse einzugehen, wenn es zu einer tatsächlichen Entscheidungskompetenz für die Migrantenvertretungen kommt. Das zeigen unsere Vorschläge ganz deutlich. Was wir aber alle nicht akzeptieren können, ist Stillstand.

Stillstand akzeptieren wir auch nicht, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht. Als Lehrer habe ich schon aus beruflichen Gründen ein starkes Interesse an Bildungspolitik. Die LAGA NRW hat ebenso wie ihre Vorgängerorganisation dieses Thema zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Schon lange vor PISA haben wir auf Missstände im Bildungssystem hingewiesen. Immer wieder wurde unseren Analysen zugestimmt. Unsere Vorschläge wurden als konstruktiv gelobt – und doch schnell wieder vergessen. Mit der Anmeldekampagne zum Muttersprachlichen Unterricht sorgen wir dafür, dass dieses Mal nichts in Vergessenheit gerät. Ich fordere Sie alle auf, in ihren Städten und Gemeinden die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts für die Schulerfolge von Migrantenkindern zu thematisieren. Teilerfolge können wir schon verbuchen. Es zeigt sich wieder einmal, dass es sich für die eigenen Überzeugungen zu kämpfen lohnt.

Es grüßt Sie herzlich

*Tayfun Kelttek*

Ihr Tayfun Kelttek

nach Einrichtung von Ausschüssen für Migrations- und Integrationsangelegenheiten entsprechend dem Modell der LAGA NRW, will deren Einrichtung jedoch der Entscheidung der Kommunen überlassen. Ein Vorschlag, der von der LAGA so nicht akzeptiert werden kann.

Ein Gespräch zwischen Tayfun Kelttek und dem migrationspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas Kufen, verlief ebenfalls sehr konstruktiv. Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten in Details, signalisierte auch er die Unterstützung bei einer Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten. Die CDU-Fraktion hat als Ganze noch keinen Beschluss gefasst.

Auch die größte Fraktion im Landtag, die SPD, erkennt den Bedarf an der Verbesserung der Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in die Entscheidungen in der Kommune. Ihr Vorsitzender Edgar Moron sieht allerdings noch Beratungsbedarf bei der Frage des „Wie“.

Insbesondere, so der SPD-Politiker, liege ihm daran, nichts gegen die Meinung der Städte und Gemeinden im Land zu machen. Wenn es Zustimmung auch aus den Kommunen gebe, dann fiele es seiner Fraktion leichter zuzustimmen.

Dennoch, auch bei der SPD ist die Haltung eher wohlwollend als ablehnend.

### Ratsbeschlüsse müssen her

Um es dem Landtag in Düsseldorf einfacher zu machen, ist es wichtig, dass die Ausländerbeiräte in ganz NRW dieses Thema bei ihren Sitzungen diskutieren. In vielen Städten und Gemeinden ist das schon geschehen. Manche kommunale Migrantenvertretung hat das LAGA-Papier dann als eigene Resolution bestätigt oder die örtlichen Landtagsabgeordneten angeschrieben und zur Zustimmung aufgefordert.

Nur in wenigen Städten werden diese Beschlüsse aber an die Räte mit der Bitte weitergeleitet, dem Vorschlag ebenfalls zuzustimmen. Das ist aber besonders wichtig, um Politik und Öffentlichkeit verstärkt zu sensibilisieren.

Unterstützung bei der Vorbereitung sowie Referenten für die Sitzungen können über die LAGA-Geschäftsstelle abgerufen werden. Der komplette LAGA-Vorschlag steht außerdem im Internet als Download zur Verfügung.

### Mit Herz und Hand Aktionsmonat zum Gedenken an Solinger Brandanschlag

Gemeinsam mit dem Ausschuss für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten der Stadt Solingen und dem Landeszentrum für Zuwanderung führt die LAGA NRW am 10. Juni in Solingen eine Fachveranstaltung durch. Thema ist die politische Partizipation von Migranten. Diskutiert werden u.a. das Solinger Modell des Migrationsausschusses sowie die neuen LAGA-Vorschläge zur besseren Einbeziehung von Migranten in kommunalpolitische Entscheidungen.

Diese Veranstaltung findet im Rahmen des Aktionsmonats zum Gedenken an den entsetzlichen Solinger Brandanschlag 1993 statt. Initiatoren sind das Bündnis für Toleranz und die Stadt Solingen.

Info: 10. Juni 2003, 19 Uhr, Konrad-Adenauer-Straße 71, Solingen: Fachveranstaltung „Politische Partizipation“

# Von PISA nach NRW – Chronologie der Ereignisse

*Chancengleichheit in der Bildung. Das Thema beschäftigt die LAGA NRW schon lange. In dieser Chronologie wird deutlich, dass Konzepte zur Verbesserung der Schulerfolge von Migrantenkindern vorliegen sind. Die Politik muss jetzt den Mut haben sie auch zu verwirklichen.*

**8. Dezember 1997:** Die LAGA NRW führt in Köln mit 200 Teilnehmern und Schulministerin Behler die Konferenz „Mehrsprachigkeit, religiöse und kulturelle Identität – eine Bereicherung für die Gesellschaft“ durch.

**20. November 1998:** Fortgesetzt wird die Diskussion bei der Fachtagung „Jugendliche aus Zuwandererfamilien – Perspektiven und Chancen für eine berufliche Zukunft“.

**Mai 1999:** In Soest kommt eine Tagung unter dem Titel „Sprachliche Förderung von Kindern und Jugendlichen nicht deutscher Herkunftssprachen“ im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung zu dem Schluss, dass alle didaktischen und methodischen Kenntnisse für ein entsprechendes Konzept vorliegen.

**18. Januar 2000:** Die LAGA NRW stellt ihr Positionspapier „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ vor. Darin wird festgestellt, dass die sichere Beherrschung der deutschen Sprache der Schlüssel zum Schulerfolg ist. Dazu müsste aber die von den Kindern mitgebrachte natürliche Mehrsprachigkeit in den Schulalltag eingebaut werden. Statt externen Förderunterrichts fordert die LAGA Konzepte für den Regelunterricht inklusive Alphabetisierung in Deutsch und der Herkunftssprache.

**20. Januar 2000:** Im Landtag findet ein gemeinsames Hearing von Migrations- und Schulausschuss statt. Die LAGA-Positionen werden positiv aufgegriffen.

**29. März 2000:** Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten des Landtages NRW verabschiedet den Antrag „Interkulturelle Bildung und Erziehung in NRW“. Darin finden sich die Kernaussagen des LAGA-Papiers wieder.

**Ende 2000:** Als Ergebnis des Diskussionsprozesses fordert die LAGA NRW eine Task Force „Fit für Deutsch“. Diese

soll für die Umsetzung der vorhandenen Konzepte insbesondere im Bereich der Sekundarstufe konkrete Schritte erarbeiten und Fortbildungen etc. organisieren.

**Juni 2001:** Nach langem Ringen verabschiedet der Landtag Nordrhein-Westfalens die Integrationsoffensive NRW. Darin wird auch die Forderung aufgestellt, das Bildungswesen auf die Herausforderungen der Migration und Integration einzustellen.

**Oktober 2001:** Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau stellt während der LAGA-Mitgliederversammlung ein Aktionsprogramm der Landesregierung vor. Berufliche Bildung sowie die Verbesserung der sozialen und politischen Teilhabe der MigrantInnen sind die Schwerpunkte.

**Dezember 2001:** Die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie werden veröffentlicht. Deutschland landet abgeschlagen auf den hinteren Rängen. Unter anderem heben die Wissenschaftler die Tatsache hervor, dass es in Deutschland zu hohen sozialen Verwerfungen im Bildungswesen kommt. Wer aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten stammt, hat im gegliederten Schulwesen der BRD kaum eine Chance. Kinder mit Migrationshintergrund trifft das besonders hart. Ausdrücklich wird festgehalten, dass bei diesen Kindern die Nachteile des deutschen Schulwesens voll durchschlagen und sich die Probleme potenzieren.

**Januar 2002:** Die LAGA-NRW veröffentlicht die Broschüre „PISA macht alle wach“. Darin werden mögliche Wege aus der Bildungskrise dargestellt. Die LAGA sieht sich in ihrer Forderung bestätigt, die natürliche Zweisprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund als Chance zu begreifen und die koordinierte Alphabetisierung sowie die weitergehenden Konzepte zur Erreichung der Chancengleichheit an den Schulen voranzutreiben.

**Mai 2002:** Auf einer Sitzung des LAGA-Hauptausschusses unterstützt Schulministerin Gabriele Behler die Forderungen der LAGA. Die Bedeutung der Herkunftssprache für das sichere Beherrschen der deutschen Sprache wird anerkannt. Eine Reform des muttersprachlichen Unterrichts wird von beiden Seiten als notwendig angesehen.

**Juni 2002:** Statt einer Reform des MSU kündigt die Landesregierung die Streichung von rund einem Drittel der Lehrstellen im muttersprachlichen Unterricht an. Die LAGA NRW kündigt massiven Widerstand an. Sie weist darauf hin, dass eine Reform des MSU kurzfristig nur gelingen kann, wenn man die Kompetenz der vorhandenen LehrerInnen nutzt und in neuen Konzepten anwendet.

**September 2002:** Zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft initiiert die LAGA eine Unterschriftenkampagne zum Erhalt der Stellen im muttersprachlichen Unterricht.

**22. November 2002:** Die LAGA und die GEW übergeben im Rahmen einer Kundgebung dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt 50.000 Unterschriften für den Erhalt der MSU-Stellen, in den folgenden Monaten gehen weitere 30.000 Unterschriften bei der Geschäftsstelle ein.

**Dezember 2002:** Der Landtag beschließt, ein Drittel der MSU-Stellen zu streichen. Zugleich bringen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag den Antrag „Fortentwicklung und Ausbau von Sprachförderung und muttersprachlichem Unterricht vorantreiben!“ ein. Die Landesregierung wird darin u.a. aufgefordert bis „Mitte 2003 eine auf Mehrsprachigkeit zielende Konzeption vorzulegen“. Es ist davon auszugehen, dass dieser Antrag nur unter dem Druck der Unterschriftenkampagne zustande gekommen ist.

**Januar 2003:** Die LAGA NRW startet eine neue Kampagne. Sie fordert die MigrantInnen auf, ihre Kinder für den muttersprachlichen Unterricht anzumelden und somit dem Elternwillen für einen modernen MSU Nachdruck zu verleihen.

**März 2003:** Die internationale IGLU-Studie stellt einen Vergleich über den Bildungsstand von Grundschulern vor. Deutschland schneidet gut ab. Ein weiterer Beleg, dass frühe Selektion im Bildungswesen der Chancengleichheit widerspricht.

**9. Mai 2003:** Anhörung im Migrationsausschuss des Landtages zur Förderung der Mehrsprachigkeit von MigrantInnenkindern.

**Dokumentation**

**Stellungnahme der LAGA NRW zum Hearing des Migrationsausschusses des Landtages NRW, 9.5.2003**

Die internationalen Vergleichsstudien haben den Finger auf die Wunden des bundesdeutschen Bildungssystems gelegt. Schockierend ist die Aussage der PISA-Studie, dass etwa 50% der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in ihrer Lesefähigkeit höchstens die elementare Kompetenzstufe I erreichen. Diese Jugendlichen können Sprache nicht als Mittel des Denkens benutzen, sie sind nicht zu lebenslangem Lernen in der Lage. Wenn man bedenkt, dass diese Jugendlichen mehrheitlich ihre gesamte Schullaufbahn an deutschen Schulen verbracht haben, wird das ganze Ausmaß des Versagens unseres Schulsystems deutlich und die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens offen-

Natürlich ist es notwendig, dass die Migrantenkinder die deutsche Sprache perfekt beherrschen. Das wird niemand bezweifeln. Die Frage ist nur: Wie kann das geschehen?

Gegenwärtig herrscht die eingängige These vor, dass man besonders schnell und effektiv Deutsch lernt, wenn der Input in der deutschen Sprache besonders hoch ist und alle störenden und zeitraubenden Einflüsse, so auch die nichtdeutsche Muttersprache, möglichst zurückgedrängt werden. Diese These ist allerdings nichts anderes als eine Beschreibung der gegenwärtigen Praxis. Es ist doch so, dass die Migrantenkinder vom ersten Tag ihres Schulbesuches an in der deutschen Sprache unterrichtet werden, einer Sprache, die sie vielfach noch nicht richtig beherrschen, ohne dass ihre Muttersprache systematisch berücksichtigt wird. Das offensichtlich Falsche aber etwas verschärft weiterhin zu betreiben, kann unmöglich die Schulerfolge verbessern.

Die Ergebnisse der PISA-Studie sind ein Spiegel von 40 Jahren verfehlter Migrationspolitik. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich noch immer nicht als einen Staat selbst anerkannt, der mittlerweile mehrsprachig geworden ist und der in einer globalisierten Umwelt lebt, in der Mehrsprachigkeit an der Tagesordnung ist. Immer noch gilt die Vorstellung von der deutschen Schule, in der alle Kinder mit der fertigen deutschen Sprache in die 1. Klasse kommen und in der andere Sprachen als Deutsch nur in einer kleinen Auswahl als Fremd-

sprachenunterricht vorkommen. Von den mehrsprachig heranwachsenden Migrantenkindern bleibt auf diese Weise immer das halbe Kind unberücksichtigt.

Wir brauchen einen Perspektivwechsel, der endlich Mehrsprachigkeit in allen Formen als Reichtum, als einen Schatz

# „Förderung der Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern“

für das Individuum und die Gesellschaft anerkennt. Wir brauchen eine Pädagogik, die vom Kinde ausgeht, und zwar vom ganzen Kind. Die Muttersprache ist ein wesentlicher Teil der individuellen Kultur, der Identität. Die schulische Förderung der Muttersprache muss eine doppelte Funktion bekommen: Sie ist eine Brücke zum Deutschlernen, weil grundlegende sprachliche Kenntnisse aus der Muttersprache übertragen werden können in die zu lernende Zweitsprache Deutsch.

Die Förderung der Muttersprache ist aber auch ein Beitrag zur Erziehung zur Mehrsprachigkeit. Ich kann keinen Sinn darin erkennen, durch Englisch ab Klasse 3 mehrsprachiges Lernen auch in die Grundschule hineinzunehmen und zugleich die Muttersprachen der Migranten verkümmern zu lassen.

In der Debatte um die PISA-Studie ist viel davon die Rede gewesen, dass unsere Schulen schlecht mit heterogenen Lerngruppen umgehen können. Zu dieser Heterogenität gehört allerdings auch die sprachliche Heterogenität. Das bedeutet: In unseren Klassen sitzen Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Muttersprachen, mit unterschiedlichen Kenntnissen in der deutschen Sprache, es gibt eben auch Deutschlerner, mit unterschied-

lichen Herkunftskulturen und Religionen. Diese sprachliche Heterogenität können wir nicht länger ignorieren, sie wird auch in Zukunft Bestand haben. Wir müssen endlich lernen, auch damit intelligent umzugehen. Ich weiß, dass in England die staatliche Schulaufsicht den Schulen, die diese Art Heterogenität nicht berücksichtigen, den Vorwurf des Rassismus macht.

... Die LAGA NRW hat ihre positiven Vorschläge schon oft und ausführlich dargestellt. Wir brauchen mehrsprachige Kindertagesstätten, eine zweisprachige Alphabetisierung und eine Koordinierung auch des Sachunterrichts von Regelunterricht und Muttersprachlichem Unterricht, die Einstellung junger Migranten in den Lehrberuf, neue Formen des Deutschlernens auch in der Sekundarstufe und eine Reform der Lehrerbildung. Das alles ist nicht neu: Wir sagen nichts anderes als das, was auch der neue Lehrplan für den Muttersprachlichen Unterricht von 2000 einfordert, der endlich ernst genommen werden muss. Wir sehen uns in unseren Überlegungen auch von der Ergebnissen der internationalen Forschung bestätigt.

Die parallel zur Veröffentlichung der PISA-Studie vorgenommene Kürzung der Lehrerstellen für den MSU-Unterricht um 1/3 ist der ganz falsche Weg. Statt eines modernen Muttersprachlichen Unterrichts im Sinne des neuen Lehrplans soll der falsche Weg des Deutschlernens unter Missachtung der Muttersprache verschärft werden. Hier wird ein weiteres Signal gegeben, dass die Mehrsprachigkeit der Migranten kein Reichtum, sondern ein störendes Element ist. Die LAGA NRW hat in kurzer Zeit zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft etwa 80.000 Unterschriften gegen diese Kürzung gesammelt. Das ist ein eindeutiges Votum vor allem der Migranteneltern, die ganz deutlich gemacht haben, dass sie den Muttersprachlichen Unterricht weiterhin wollen. Ich meine, dass dieser Elternwille ernst genommen werden muss. ...

An die Schule Ihres Kindes bzw. das Schulumt schicken!

**Anmeldung zum Muttersprachlichen Unterricht (MSU)**

✓ Hiermit möchte ich mein Kind für den Muttersprachlichen Unterricht anmelden.

Name des Kindes: .....

Geburtsdatum: .....

Schule (im Schuljahr 2003/04): .....

Klasse (im Schuljahr 2003/04): .....

Sprache des MSU: .....

Erziehungsberechtigte: .....

Adresse: .....

Unterschrift: .....

Der MSU in NRW ist ein Angebot für alle Schülerinnen und Schüler, die die sprachlichen Voraussetzungen für die Teilnahme erfüllen. Niemand darf davon auf Grund der Staatsangehörigkeit ausgeschlossen werden. Dies folgt aus den Ausbildungsordnungen für die Sekundarstufe I sowie aus dem Lehrplan für den MSU für die Jahrgänge 1 bis 6. (Schulministerium NRW, Ute Schaller)

# LAGA NRW ein unbequemer aber fairer Partner

## Ministerin Birgit Fischer besuchte LAGA

Seit Ende 2002 ist Birgit Fischer Ministerin für Soziales und Gesundheit, Frauen und Familie. Nach dem Weggang von Wolfgang Clement nach Berlin kam es mit der Wahl von Peer Steinbrück zum neuen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen auch zu einigen wichtigen Veränderungen im Kabinett. Harald Schartau wurde Minister für Arbeit und Wirtschaft und gab damit die Zuständigkeit für den gesamten Sozialbereich ab, dem auch die Migrationspolitik zugeordnet wird.

Die neue zuständige Ministerin Birgit Fischer besuchte sobald es ihr möglich war die LAGA NRW. Bei der Sitzung des Hauptausschusses am 5. April 2003 in Hamm sprach sie zu den Delegierten. Sie wies auf die Probleme hin, auf die engagierte Migrationspolitik derzeit stoße. So habe sie die Befürchtung, dass es aufgrund der geänderten Mehrheiten im Bundesrat nicht zu einer Einigung auf ein umfassendes Zuwanderungsgesetz komme und dadurch eine zukunftsweisende Politik auf Bundesebene erschwert wird.

Ausdrücklich unterstützte sie die Arbeit der LAGA NRW und lobte das Engagement der Migrantenvertretungen für die politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund.

### Dokumentation Auszüge aus der Rede von Birgit Fischer „Integrationspolitik in NRW und die Beteiligung der LAGA NRW“

Auch auf Landesebene ist die Integrationspolitik bei sehr knappen Kassen nicht leichter geworden. Aber wir haben in vielen Punkten fraktionsübergreifende Einigkeit und damit eine gute Basis. Außerdem sind Fragen der Partizipation und Integration nur zu einem Teil vom Geld abhängig. Vieles ist eine Frage der Einstellung. Zugewanderte als selbstverständliche Mitglieder unserer Gesellschaft zu akzeptieren und zu respektieren und entsprechend einzubeziehen kostet zunächst einmal kein Geld. Es kann allerdings dazu führen, dass die Mittel anders verteilt werden müssen. Deshalb ist es manchmal einfacher Veränderungen zu erreichen, wenn viel Geld zur Verfügung steht.



Aber um die Partizipationsmöglichkeiten von Migranten zu verbessern, reicht Geld allein nicht aus. Auf dem Weg zu der Einsicht, dass Migranten ein Teil unserer Gesellschaft in allen Lebensbereichen sind, ist die LAGA ein wichtiger Partner für die Landesregierung. Deshalb ist sie auch zunehmend gefordert.

Denn wer könnte besser als die einzig demokratisch legitimierte Vertretung der Zugewanderten deren Perspektiven in die Landespolitik einbringen. Dies tut die LAGA NRW, darin wird sie von der Landesregierung in immer mehr Bereichen einbezogen. Auch und gerade weil sie kein bequemer, aber ein fairer Partner ist.

Ich sehe aber auch, dass diese Arbeit nicht immer genügend Anerkennung findet. Sicherlich liegt ein Teil der Erklärung dafür darin, dass demokratisch gewählte Vertreter für die Verwaltung immer unbequem sind, weil sie Arbeit machen, Fragen stellen und sich nicht damit zufrieden geben, dass Probleme scheinbar gelöst sind.

Ich kann Sie nur ermutigen, sich davon nicht abschrecken zu lassen. Ich weiß, dass das schwer ist und dass Sie unsere Unterstützung brauchen. Die beste Unterstützung ist zweifellos die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten.“

### Wettbewerb „chance.nrw. Zugewanderte in Wirtschaft und Verwaltung“

Gemeinsam mit der ThyssenKrupp Stahl AG und der Aral-Stiftung führt das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie auch 2003 wieder den Wettbewerb „chance.nrw.“ durch. Mit dem Wettbewerb sollen einerseits Unternehmen und Verwaltungen über berufliche Potenziale junger Zugewanderter informiert werden. Dadurch sollen sie angeregt werden, die Fähigkeiten dieser jungen Menschen gezielt zu nutzen und zu fördern. Andererseits sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund motiviert werden, ihre beruflichen Möglichkeiten zu nutzen. Ihnen soll gezeigt werden, dass Engagement durchaus erfolgreich sein kann.

### Wer kann mitmachen?

Teilnehmen können Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen sowie Verwaltungen bzw. der Öffentliche Dienst,

die durch bewusste Personalpolitik in besonderem Maße zur Integration von jungen Zugewanderten in Ausbildung, Beschäftigung und Weiterbildung beitragen.

Aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes können sich beispielsweise Arbeits- und Stadtverwaltungen, aber auch Hochschulen, Krankenhäuser oder Polizeibehörden bewerben. Ebenso können junge Zugewanderte und junge Aussiedlerinnen und Aussiedler bis 25 Jahre teilnehmen, die ihre beruflichen Potenziale in besonderer Form in Ausbildung oder im Beruf verwirklichen können bzw. die sich durch besondere Leistungen in ihrem beruflichen Werdegang oder durch ein außergewöhnliches Engagement verdient gemacht haben. Dabei ist es unerheblich, ob die Zugewanderten über einen deutschen oder einen ausländischen Pass verfügen.

Bedingungen zur Teilnahme wie auch Bewerbungsunterlagen sind abzurufen unter

[www.chance.nrw.de](http://www.chance.nrw.de)

## Märchen aus 1001 Nacht Künstler aus dem Orient spielen bei „Kemnade International“

Die Wasserburg „Haus Kemnade“ schlägt vom 27. bis zum 29. Juni 2003 die Brücke zwischen Orient und Okzident: An drei Tagen findet auf dem Renaissance-Schloss das inzwischen schon traditionelle Festival „Kemnade International“ statt. Die Biennale der Weltmusik trägt 2003 den Titel „orient meets occident“.

Mehr als 60 Künstler musizieren und tanzen an diesem Wochenende auf drei Openair-Bühnen. Ausstellungen, Lesungen und Performances, überwiegend aus dem Mittelmeerraum, entführen große und kleine Gäste in eine Welt aus

1001 Nacht. Hochkarätige internationale Solisten und Bands treten mit orientalischer Musik aber auch Crossover aus Ethnic-Roots, Pop und Jazz auf.

„Kemnade International“ setzt ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Das Festival steht für kulturelle Toleranz und friedliches Miteinander. Für Werte, die für das Zusammenleben der Menschen bedeutsam sind, besonders in einer von Migration geprägten Region wie dem Ruhrgebiet.

Infos und Karten unter:

[www.bochum.de/kemnade-international](http://www.bochum.de/kemnade-international)



Künstler und Zuschauer auf der „Kemnade International“

## Projekt IMPACTO Deutsch-Portugiesische Kooperationen

Mit einem Handelsvolumen von über 10 Mrd. Euro jährlich zählt Deutschland zu den bedeutendsten Handelspartnern Portugals. Auch für Deutschland ist Portugal ein nicht zu unterschätzender Markt, wie aus dem regen Interesse seitens deutscher Unternehmen am Projekt IMPACTO und dem Verband Portugiesischer Unternehmen in Deutschland e.V. (VPU) hervorgeht.

IMPACTO, ein vom Wirtschaftsministerium NRW gefördertes Modellprojekt des VPU, verfolgt einmal die aktive Förderung von Unternehmenskooperationen zwischen Deutschland und Portugal sowie die Vermittlung von bilingualen und bikulturellen Fach- und Führungskräften an deutsche bzw. portugiesische Unternehmen. Der Bedarf an kompetenter Betreuung der Unternehmen, in interkultureller wie auch in sprachlicher Hinsicht, ist sowohl auf deutscher als

auch auf portugiesischer Seite in hohem Maß vorhanden.

Die Kooperationswünsche der deutschen bzw. portugiesischen Unternehmen werden individuell und dem vorgegebenen Profil entsprechend behandelt, so dass den Unternehmen die Kontakte mehrerer potentieller Geschäftspartner zur Verfügung gestellt werden.

Gleiches gilt für die Personalvermittlung von zweisprachigen Fachkräften.

Für die Umsetzung dieser Zielsetzungen stehen IMPACTO auch internetgestützte Instrumente zur Verfügung. Zur Zeit sind die genannten Serviceleistungen von IMPACTO noch kostenfrei.

Weitere Informationen unter:

VPU/Projekt IMPACTO

Ansprechpartnerin: Susanne Hohnen

Theaterplatz 10-12, 53177 Bonn

Tel.: 0228-52694-10

Fax: 0228-52694-11

e-mail: [impacto@vpu.org](mailto:impacto@vpu.org)

**Hinweis: Im nächsten Heft stellen wir weitere Kooperationen vor.**

## Neue Publikationen

### EuroTürk Neue Türkisch-Deutsche Zeitschrift

Unter Leitung von Seref Özgencil und mit redaktioneller Unterstützung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien ist die neue, deutschsprachige Zeitschrift „EuroTürk“ erschienen. Die Zeitschrift, die sich als Brücke zwischen der Türkei und Europa versteht, nimmt sich neben den türkisch-europäischen Beziehungen auch die Besonderheiten des Lebens der Türken in Deutschland und Europa zum Thema.

Die Themenschwerpunkte der einzelnen Ausgaben werden anhand von Reportagen, Gastkommentaren und Hintergrundberichten bearbeitet. Dabei ist den Herausgebern wichtig, Erfolge in den türkisch-europäischen Beziehungen zu thematisieren, wie auch auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen.

„EuroTürk“ erscheint vierteljährlich und ist in zentralen Zeitungsverkaufstandorten, wie etwa in Bahnhofsbuchhandlungen zum Preis von 5 Euro erhältlich.

### Junge Flüchtlinge in Deutschland Dokumentation aus Köln

Ein Beruf ist ein goldenes Armband, sagt man in der Türkei. Auch in Deutschland gilt, wer eine solide Bildung und Ausbildung hat, bringt beste Voraussetzungen für die Gestaltung der eigenen Zukunft mit.

Doch gilt das leider nicht für alle Menschen in Deutschland. So assoziiert ein junger Iraner seine Ausbildungszeit mit ständig drohender Ausweisung und Abschiebung, weil das Ausländeramt ihm manchmal die Duldung nur für wenige Tage gewährte. Unter hohem Stress und psychischer Belastung schaffte er dennoch den Abschluss zum elektrotechnischen Assistenten.

Fälle wie dieser werden in der neuen Dokumentation des in Köln ansässigen „Unterstützerkreis für die von Abschiebung bedrohten Kinder und Jugendlichen e.V. Köln“ dargestellt. In über zehn Jahren Tätigkeit hat Reinhard Hocker mit seinen Mitstreitern viele Erfahrungen gesammelt und manchem jungen Menschen dadurch Perspektiven eröffnet. Ohne eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen wird es keine grundsätzliche Verbesserung der Situation ge-

ben. Deswegen fordern Experten des Unterstützerkreises insbesondere die Verbesserung bei den Bildungschancen für Flüchtlingskinder. Schulbesuch ohne Meldepflicht der Lehrer sei das Mindeste, um Flüchtlingskindern wenigstens angstfrei einen Schulabschluss zu ermöglichen.

*Info: Von Abschiebung bedroht..., junge Flüchtlinge in schulischer und beruflicher Ausbildung, zu beziehen über: unterstuetzterkreis@netcologne.de*

## Termin Hauptausschuss

Nach mehrmaliger Verschiebung findet nun am 12. Juli 2003 im Hürther Rathaus die nächste Sitzung des LAGA-Hauptausschusses statt. In der rheinischen Stadt bei Köln soll u.a. über die Schulsituation der Migrantenkinder diskutiert werden. Als Gast erwarten die Delegierten des Hauptausschusses Ulla Ohlms vom NRW Schulministerium.

*LAGA-Hauptausschuss, 12. Juli, ab 14 Uhr, Rathaus, Hürth-Hermülheim, Friedrich-Ebert-Str. 40*

## 13. Bocholter Forum 4. bis 6. Juli 2003

„Wir waren schon weiter!“ kann als Motto des diesjährigen Bocholter Forums verstanden werden. Diese Aussage ist in Bezug auf die Migrationspolitik der letzten Jahre durchaus zutreffend.

Nach einem „berauschenden“ Aufbruch in die „Einwanderungsgesellschaft“, der in den letzten Jahren allenthalben zu vernehmen war, versetzt einen nun die Bilanz in „Katerstimmung“. Alte Diskussionen und Kontroversen brechen auf, das Zuwanderungsgesetz ist längst zum Gegenstand des Kuhhandels in Bundestag und -rat geworden, „nachholende Integration“ ist entweder zu teuer oder findet kaum Beachtung bei den politischen Akteuren, weiterhin ist keine Aussicht auf eine Verbesserung der Flüchtlingspolitik oder bei der Legalisierung der sogenannten „sans papiers“ in Sicht.

Mit einer kritischen Würdigung beginnt daher das diesjährige Bocholter Forum am Freitag, den 4. Juli und geht am nächsten Tag zu für Nordrhein-Westfalen spezifischen Themen, wie Muttersprachlichem Unterricht, Sendungen für Migranten etc. über. Am letzten Tag sollen am Beispiel der Kürzung des Muttersprachlichen Unterrichts in Workshops gemeinsame Strategien entwickelt werden. *Anmeldungen ab sofort in der LAGA-Geschäftsstelle. Das gedruckte Programm liegt in Kürze vor und wird gerne zugesandt.*

## Multi-Dialog mit Bürgern Beirat Oberhausen bringt eigene Zeitung heraus

Mit dem Anspruch, alle Oberhausener über integrationsrelevante Fragen zu informieren, hat sich der Ausländerbeirat der Stadt daran gemacht, eine regelmäßig erscheinende Publikation zu erstellen. Unter dem Namen „Multi-Dialog“ werden die Arbeit des Beirats sowie von Organisationen der Migranten in Oberhausen vorgestellt. Den Lesern soll insbesondere deutlich werden, dass der Beirat die demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Migranten ist. Zugleich wird mit Berichten über Schul- und Bildungsfragen etwa klar, dass es in der Kommune auch gemeinsame Interessen der Migranten und der Mehrheitsbevölkerung gibt. Daher müsse man auch Probleme gemeinsam lösen. Mit „Multi-Dialog“ gibt es dafür nun ein Medium.

*Kontakt: auslaenderbeirat@oberhausen.de*

## Unser „vor Ort“ Angebot

### LAGA- Seminarservice

Zwei Gründe haben uns veranlasst, den Druck von halbjährigen Seminarprogrammen einzustellen. Zum einen sind wir (Teilnehmer und Veranstalter) nicht mehr an feste terminliche Vorgaben gebunden. Hierdurch haben wir mehr Flexibilität in der Planung von Seminaren und Veranstaltungen und können auf die Wünsche der Teilnehmer kurzfristiger reagieren. Zum anderen waren die Druck- und Versandkosten nicht mehr ohne weiteres aufrecht zu erhalten, da die LAGA NRW dieses Jahr eine Kürzung der Fördermittel hinnehmen musste.

Mit dem bereits vielerorts erprobten Seminarservice, steht nun jedem Mitglied die Möglichkeit offen, mit uns gemeinsam nicht nur zu den Themen Schule, Beiratsarbeit oder Integrationspolitik ein Seminar direkt vor Ort durchzuführen, sondern auch zu den Themen Rhetorik und Pressearbeit, die bis jetzt mit festen Terminen angeboten wurden.

Diese Umorganisation ermöglicht es uns, die Bildungsarbeit an die Verhältnisse in den Städten anzupassen und eine passgenaue Veranstaltung für die Bedürfnisse jedes Gremiums anzubieten. Einen weiteren Vorteil bietet diese Vorgehensweise, weil die Themen unter Umständen miteinander kombiniert werden können.

Ein weiterer Service, den wir unseren Mitgliedern anbieten möchten, ist die Durchführung dieser Seminare in einer Tagungsstätte. Dieser Wunsch wird des öfteren von kommunalen Migrantenvertretungen geäußert, um ein Seminar außerhalb der gewohnten Umgebung zu veranstalten. Bei der Suche nach einer geeigneten Tagungsstätte sind wir gerne behilflich.

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW )  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: info@laga-nrw.de  
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:  
Tayfun Keltek, Ercan Öztaskin,  
Franz Paszek, Siamak Pourbahri,  
Enver Sen,  
Susana dos Santos Herrmann,  
(redaktionelle Koordination),

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln  
Druck: Druckhaus Süd, Köln